

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Alle wünschen "schlichte Normalität"

Am 31. Juli kehrte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Gerhard Schröder, von einer 16tägigen Reise aus der Volksrepublik China zurück, wo er u.a. ein längeres Gespräch mit Premier Chou En-lai geführt hat. Bei der Pressekonferenz empfahl Schröder, mit der VRCh noch vor Beginn des Bundestagswahlkampfes offizielle Beziehungen herzustellen. Peking habe bereits zu mehr als 75 Staaten diplomatische Beziehungen, unter denen sich mit Ausnahme Luxemburgs auch alle EWG-Staaten befänden. Auch Washington und Tokyo strebten diplomatische Beziehungen zu China an. In Bonn wurde betont, daß die während des Peking-Besuches mit dem stellvertretenden Außenminister Chiao Kuan-hua schriftlich festgelegten gemeinsamen Auffassungen, es gebe keine Hindernisse für diplomatische Beziehungen, von Schröder als bindend angesehen würden, falls er nach den Wahlen das Amt des Außenministers übernehmen sollte. Schröder wünsche ja nichts anderes als schlichte Normalität, er wiederhole: schlichte Normalität. Die Angriffe aus Osteuropa (C.a. Juli S.1) gingen also an der Sache vorbei. Die prozedurale Frage, die mit der Aufnahme der Beziehungen verbunden ist, sieht Schröder durch die schriftliche Absprache als geregelt an. Die Chinesen stellten keine Vorbedingungen und forderten auch keine einschränkenden Klauseln. Den Wortlaut des Papiers wollte Schröder einstweilen nicht bekanntgeben: "Ich würde es am liebsten sehen, wenn Überlegungen über die Veröffentlichung der Absprache überholt würden durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen". Schröder betonte auch, daß die deutsch-chinesischen Beziehungen nicht etwa, wie jene Tokyos zu Peking, eine "Normalisierung" erforderten. Es handele sich einfach um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die ein geteiltes Land besonders brauche. Daß diese Beziehungen nicht bestehen, bewertete der frühere Außenminister als Anomalität. Presseattacken aus dem Osten fand Schröder abwegig: "Unsere Politik hat darauf beruht, beruht darauf und wird darauf beruhen, für Frieden und Fortschritt zu arbeiten. In dieses Konzept gehören unsere Bemühungen mit China." Der Oppositionspolitiker betonte, er lege großen Wert darauf, jede parteipolitische Note bei der Behandlung der China-Frage zu vermeiden. ("Die Welt", 1. Aug.)

Ogleich Schröder betonte, daß er sich nur als Vermittler sehen wolle, der seinem Land einen guten Dienst leiste, brachte er die Regierung de facto doch in Zugzwang. (Le Monde fragte z.B. "Wer ist eigentlich Außenminister in Bonn?") Bereits am Abend der Pressekonferenz lag eine offizielle Stellungnahme der Bundesregierung vor. Es heißt darin, die Bundesregierung habe sich schon in ihrer Regierungserklärung bereit erklärt, mit allen Staaten der Welt Beziehungen aufzunehmen, die dies wünschen. Die Erklärung betont, daß die Regierung bereits aus Anlaß der Reise des Abgeordneten Schröder zu erkennen gegeben habe, daß auch sie an einer Normalisierung der Beziehungen interessiert sei.

Ungeachtet des Schröder'schen Optimismus gibt es freilich einige Schwierigkeiten, mit denen sich das Auswärtige Amt noch auseinandersetzen muß; zwar wird es keiner besonderen Taiwan-Klausel bedürfen,

da die Bundesrepublik ja nie eine Vertretung bei der nationalen chinesischen Regierung unterhalten hat. Im Hinblick auf Berlin muß Bonn sich dagegen überlegen, ob es möglich sei, von Anfang an auf dem Prinzip der Vertretung der westlichen Sektoren durch die Bundesregierung zu bestehen; da vor allem die offizielle Pekinger Volkszeitung noch vor kurzem die Ostverträge als Verrat an der DDR kritisiert hat, dürften sich hier einige Schwierigkeiten ergeben.

In einem Interview mit dem Spiegel (7. Aug. 72) betonte Außenminister Scheel, daß die Schröder-Reise keine Alternative zur Ostpolitik oder zur europäischen Friedenspolitik biete und daß die Beziehungen zu China in den Rahmen des gesamten außenpolitischen Konzeptes der BRD hineingestellt werden müßten. Vordringlichstes Ziel der Bundesregierung sei es, den Frieden und die Entspannung in Europa und in der ganzen Welt zu fördern. Die Bundesregierung müsse daher in erster Linie auf ihre Verbündeten und auf ihre europäischen Nachbarn Rücksicht nehmen.

Drei Punkte verdienen, in dem Interview hervorgehoben zu werden: 1. Sind sich - nach Scheel - alle Parteien darüber einig, daß mit China diplomatische Beziehungen aufgenommen werden sollten. 2. Habe die Bundesregierung bereits in ihrer Regierungserklärung hervorgehoben, daß sie mit allen Staaten diplomatische Beziehungen aufnehmen wolle, die das ebenfalls wünschen, und 3. dürfe aus der Tatsache, daß es noch keine diplomatischen Beziehungen zu Peking gebe, nicht geschlossen werden, daß die Bundesregierung keinerlei Kontakte unterhalte. Es liefen bereits Gespräche über die "zur Verfügung stehenden diplomatischen Kanäle". Zu der Frage, ob die Verhandlungen über den Hsinhua-Vertreter in Bad Godesberg, Wang Shu, oder aber über die Botschaften in Paris oder Bern laufen, wollte Scheel keine näheren Angaben machen. Wie der Spiegel jedoch erfahren haben will, laufen die Verhandlungen vor allem über Wang Shu, der im März 1971 von einem Vertrauten Scheels empfangen worden sei. Die Kontakte seien von da an mit gewisser Regelmäßigkeit aufrechterhalten worden. Die "Welt" andererseits nimmt es als "sichere" Tatsache, daß über die deutsche Botschaft in Paris verhandelt werde (22.8.); wieder an anderer Stelle heißt es (Welt, 26.8.), daß gegenwärtig zwei chinesische Diplomaten von den Botschaften Bern und Paris in der Bundeshauptstadt Gespräche führten.

Inzwischen hat Außenminister Scheel im ZDF bekanntgegeben, daß er wahrscheinlich im Oktober nach Peking reisen werde. Nach Schumann (Frankreich), Douglas Home (Großbritannien) und Moro (Italien) hätte dann ein weiterer westeuropäischer Außenminister in Peking vorgesprochen. Allerdings setzt eine Reise Scheels, die ja dann auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Folge haben müßte, konkrete Resultate bei den geheimen Sondierungen voraus. Dies betonte denn auch der Außenminister bei seinen Interviews gegenüber dem ZDF am 19. und 24. August.

Währenddessen dauerten die Warnungen der sowjetischen Presse vor der "trickreichen" chinesischen Außenpolitik an.

(2) Die Meinung der Bundesbürger

78% der wahlberechtigten Bundesbürger haben sich in einer Repräsentativumfrage der Wickert-Institute für eine diplomatische Anerkennung der VRCh ausgesprochen. 10% lehnen sie ab und äußerten keine Meinung. 1964 waren 27% für und 55% gegen die Anerkennung, während 18 von 100 keine Stellung bezogen. (Die Welt, 2. Aug.).

(3) China-Reisen 1973?

Voraussichtlich vom Sommer 1973 an wird Westdeutschlands größter Reisetrust, die Touristik-Union International (TUI) in Hannover (Touropa, Scharnow, Hummel, Dr. Tigges, Transeuropa) Studienreisen in die VR China veranstalten. Die Reiseroute soll über die Städte Canton, Hangchou, Nanking, Shanghai, Tientsin und Peking führen. Damit wären zum ersten Mal wieder seit 1966 Touristenreisen nach China möglich.

Westeuropa

(4) Peking zur Europapolitik

Sachlich berichtete die chinesische Presse nun auch über das am 22. Juli in Belgien geschlossene Abkommen zwischen den sechs ursprünglichen EWG-Ländern, den vier Kandidaten und fünf EFTA-Ländern über die Schaffung eines Freihandelsraumes in Westeuropa. Wörtlich heißt es: "Die EWG und die EFTA sind zwei Wirtschaftsgruppen, welche die westeuropäischen kapitalistischen Länder gebildet haben, um im Handel mit anderen Ländern konkurrieren zu können. ... Der intensivierte Wettstreit und die intensivierte Kollusion zwischen den beiden Supermächten in Europa förderte den Prozeß der Vereinigung Westeuropas und beschleunigte die Aufnahme enger Beziehungen zwischen den beiden Gruppen. ... Zu dem Freihandelsabkommen der 17 Länder machte die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" die Bemerkung, daß Europa stark genug gewesen sei, fast ohne Rücksicht auf die Drohungen der USA vor einigen Monaten das Abkommen zu schließen." (PRu 1972 Nr.31 S.22 f.)

Sowjetunion und Osteuropa

(5) UdSSR wünscht bilaterale Verträge mit VRCh

Am 20. August äußerte sich der Journalist Jurij Shukow im Moskauer Fernsehen über die sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Er führte aus, daß die Sowjetunion mit der VRCh eine Reihe bilateraler Abkommen schließen wolle, so u.a. ein Nichtangriffsabkommen, ein Abkommen über Grenzfragen und Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen. Auch die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen hätten sich wieder verbessert. Im Juli ist ein neues Handelsabkommen unterzeichnet worden, das eine sechsfache Erhöhung des Handels gegenüber 1971 vorsieht. Außerdem hätten die Chinesen ihre gesamten Schulden für die sowjetischen Lieferungen in den fünfziger Jahren abbezahlt. Leider fehle den Chinesen ganz das Klassenbewußtsein, vor allem in der Außenpolitik (MD 21.8.72 Asien S.1). Diesen Vorwurf teilt auch Radio Prag mit seiner Kritik an Pekings Haltung zur EWG. Die Chinesen unterstützten alles, was gegen die Sowjetunion gerichtet sei. Man gebrauche in Peking einen regional beschränkten Europabegriff; wenn man dort von "Europa" rede, so sei nie klar, ob das Europa der Arbeitermassen, der Bauern und des werktätigen Volkes oder aber das Europa des Großkapitals und der Ausbeutung gemeint sei. Wenn die Pekinger Führung so sehr an der EWG interessiert sei, so gebe sie sich damit in ein Bündnis mit dem europäischen Großkapital. Dieser Tatbestand werde auch im Zusammenhang mit der chinesischen Handelspolitik deutlich. Während der chinesische Handel mit den sozialisti-

schen Staaten infolge des antisowjetischen Kurses bestenfalls stagniere, mache der Handel Chinas mit den kapitalistischen Staaten heute schon etwa 80% seiner gesamten Außenhandelsumsätze aus, wobei ein bedeutender Teil gerade auf Westeuropa entfalle (Radio Prag MD Allg. Teil 21.8. S.7).

(6) Stimmungsmache gegen Peking

a) "Neue Zeit"

In Moskau ist eine neue publizistische Kampagne gegen Peking angelaufen, deren zentrales Thema die Warnung vor dem chinesischen Atom-Potential ist. Die Publizistin J. Trofimowa diskutierte in der Wochenzeitung "Neue Zeit" das Atom-Potential und die Militärausgaben Pekings. Während die Maoisten im Begriff seien, Kräfte zu sammeln, möchten sie den Status quo in der Welt erhalten wissen und die Lösung der dringlichsten Streitfragen verhindern. Zum ersten Mal erfolgte damit für die sowjetische Öffentlichkeit ein nachhaltiger Hinweis auf China als Atommacht. Die Militärausgaben beliefen sich, wie in dem Artikel betont wird, auf die Rekordhöhe von 19 bis 20 Milliarden Yuan (diese Angabe entspricht in etwa der Schätzung des Londoner Institute of Strategic Studies von 1972, in denen von 7,6 bis 8,55 Milliarden US Dollar die Rede ist (ISS-Report, London 1972, S.57).

b) Gewerkschaftszeitung

Die sowjetische Gewerkschaftszeitung greift die chinesische Außenpolitik, die nicht von der proletarischen Klasseneinstellung, sondern ausschließlich von antisowjetischen Kriterien motiviert sei, mit Schärfe an und weist auf die "spalterische Tätigkeit" von Renegatengruppen und -grüppchen in den verschiedensten Ländern hin, die von Peking zusammengetrommelt würden, um die Arbeiterbewegung zu provozieren. Doch nähmen die mao-freundlichen Gruppierungen ständig ab. Im Jahre 1967 habe es noch 79 solcher Gruppen gegeben, 1969 wurden in der chinesischen Presse nur noch 43, 1970 nur 35 und 1971 gar nur 25 Gruppen erwähnt (MD Asien 18.8.72, S.5 f.).

c) Hong Kong-Atlas

Die Moskauer Iswestija greift in ihrer Ausgabe vom 7. August scharf einen zu Beginn des Monats in Hong Kong erschienenen Weltatlas an, in dem nicht weniger als 1,5 Millionen qkm sowjetischen Territoriums als chinesisches Gebiet ausgewiesen sind. Diese absurde "Geographie a la Mao", die sich auf die ungleichen Grenzverträge aus dem 19. Jahrhundert berufe, habe keinen anderen Zweck, als die Feindseligkeiten zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk erneut anzufachen. Prinzipiell sind diese Argumentationen nicht neu (vgl. C.a. Juni S.2). Der Atlas liefert auch interessante Einzelheiten über Provinzaufteilungen. Während beispielsweise die Innere Mongolei früher 1 800 000 qkm umfaßte, ist sie im neuen Atlas nur mehr mit 54 000 qkm und die Bevölkerung mit nur mehr 6,2 Millionen. (1957 noch 9 000 000) angegeben. Auch von der wegen des Grenzverkehrs nach Nordvietnam strategisch so bedeutsamen Autonomen Region Kuangsi wurden größere Teile wegampuliert und der Provinz Kuangtung zugeschlagen. Der Hong Konger Atlas ist identisch mit dem gleichzeitig in Peking veröffentlichten Kartenmaterial (Le Monde, 8. Aug.72).

RUMÄNIEN

(7) Volksdiplomatie

Nicht nur die Staat-Staat- und Partei-Partei-Beziehungen zwischen China und Rumänien sind besonders ausgeprägt, sondern es werden auch intensive Beziehungen im Verhältnis Volk-Volk gepflegt. Eine neue Note ist hier insofern zu bemerken, als eine Gruppe von Offizieren der chinesischen Volksbefreiungsarmee am 11. August von Peking aus eine "Urlaubsreise" nach Rumänien angetreten hat (NCNA 11.8.72).

Nordamerika

USA

(8) McGovern, Schreckgespenst für Peking

Wenn man gewissen Anzeichen glauben darf, so hoffen die Chinesen entschieden auf eine Wiederwahl Nixons zum Präsidenten. Kein Kandidat im amerikanischen Präsidentenamt wäre ihnen umgekehrt weniger willkommen als Senator McGovern, der versprochen hat, im Falle seiner Wahl bis zu 170 000 US Soldaten aus der NATO zurückzuziehen, und der es damit in Kauf nehmen würde, daß die militärische Balance entlang der russischen Grenze zugunsten der Sowjetunion verändert würde. Es tritt nunmehr die noch vor wenigen Monaten ganz undenkbare Situation ein, daß China gegen eine überproportionale Verdünnung der amerikanischen Truppenpräsenz ist - wenn nicht in Asien, so doch zumindest in Europa. Henry A. Kissinger, der aufgrund seiner bisherigen vier Chinareisen mehr Zwiesgespräche mit der chinesischen Führung hatte als je ein anderer westlicher Staatsmann, will sich über diesen Punkt freilich nicht allzu offen aussprechen. Um so deutlicher dagegen sind die beiden Fraktionssprecher im Repräsentantenhaus Boggs und Ford nach einer 6stündigen Unterhaltung mit Chou En-lai geworden. Folgende vier Punkte sind ihrer Ansicht nach für die chinesische Führung maßgebend: 1. Moskau werde sich niemals auf eine nukleare Abrüstung einlassen, die doch eigentlich im Rahmen der SALT-Gespräche erwartet werden müßte. 2. Die USA dürfen in der Entwicklung der Produktion von Nuklearwaffen nicht das Risiko eingehen, hinter Moskau zurückzufallen. 3. Die Möglichkeit einer japanischen Wiederbewaffnung bedeute für China, zusammen mit den sowjetischen Waffenlieferungen an Indien, den weiteren Versuch einer "Einkreisung" Chinas. 4. Schließlich und endlich dürfen die Russen niemals die beherrschende Macht in Südostasien werden. (International Herald Tribune, 5. Aug.72).

(9) Bombardierung eines chinesischen Bootes vor Nordvietnam

Über 500 mal in der Zeit zwischen 1958 und 1971 erhoben die Chinesen gegenüber den USA eine "ernsthafte Warnung". Seit Weihnachten letzten Jahres freilich ist diese Politik der verbalen Warnungen plötzlich zum Stillstand gekommen. Das erste dieser Signale erging am 7. September 1958 im Namen des chinesischen Außenministeriums gegen amerikanische Flugzeuge und Schiffe, welche, wie Peking behauptet, die Territorialgewässer und den Luftraum Chinas zum Zwecke militärischer Provokationen berührt hatten (China geht von der 12-Meilen-Zone aus). Die Zahl der Warnungen begann Ende der sechs-

ziger Jahre langsam abzunehmen: 1969 waren es nur noch 7 und 1970 6; 1971 nahmen sie im Gefolge der neuen Spannungen in Indochina wieder auf 16 zu. Dann aber kam die Entscheidung, die amerikanische Tischtennismannschaft nach Peking einzuladen. Mit dem 25. Dezember verhallte die letzte "ernsthafte Warnung" (IHT 15.8.). Selbstverständlich stehen diese Maßnahmen im Zusammenhang mit dem amerikanisch-chinesischen Tauwetter. Möglicherweise ist diese Politik auch als Schützenhilfe für die Wiederwahl Nixons gedacht.

Nicht in die Reihe dieser schon beinahe zeremoniellen "ernsthafte Warnungen" gehört der Protest Pekings vom 25.8. gegen die Bombardierung des Rettungsbootes eines vor der Küste Nordvietnams ankernden chinesischen Frachters. Obwohl das Rettungsboot deutlich die chinesische Flagge gehißt hatte - die auch Angreifer aus der Luft hätten erkennen müssen -, seien doch zwei amerikanische Militärflugzeuge wiederholt in niedriger Höhe über dem Boot gekreist und hätten dann ihre Bomben abgeworfen. Fünf Seeleute, darunter der Kapitän, seien dabei ums Leben gekommen. In Saigon wurde zu diesem Vorfall ausgeführt, man habe angenommen, daß es sich bei dem 10m langen versenkten Boot um ein Schiff handele, das von dem außerhalb der Minensperre lagernden chinesischen Frachter Güter übernehmen und sie durch den Gürtel schleusen wollte (NZZ 26.8.).

(10) Hindernisse für Kulturaustausch

Über die Aussichten für einen verbesserten kulturellen Austausch zwischen den USA und der VRCh äußerte sich der Harvard-Professor John King Fairbank nach einem fünfwöchigen Besuch in China. Neben dem immer noch fortbestehenden engen Verhältnis zwischen Washington und Taipei liegen einem besseren gegenseitigen Verständnis vor allem vier Hindernisse im Wege. 1. Ein völliges chinesisches Desinteresse an anderen Ländern; 2. ein im Gefolge der Kulturrevolution bemerkbarer Mangel an Dolmetschern; 3. die chinesische Methode der Planung, die auf behutsames und schrittweises Vorgehen bedacht ist, und 4. nicht zuletzt auch eine Haltung gegenüber Ausländern, die auf der Einstellung beruht: Wenn du nicht für uns bist, bist du gegen uns! (CSM 31.7.72)

KANADA

(11) Weizen für die VRCh

Kanada blickt mit einer gewissen Sorge auf seine Hauptkonkurrenten im China-Geschäft, Australien und die USA. Seit Ottawa mit Peking diplomatische Beziehungen aufgenommen hat, sind die Weizenkäufe Chinas in Australien stark zugunsten Kanadas zurückgegangen. Doch dies kann sich wieder ändern. Vor allem kommen nun langsam auch die USA-Geschäftsleute. Um hier rechtzeitig klare Verhältnisse zu schaffen, hat Ottawa sich zu einer 13tägigen Messe entschlossen, die von Außenminister Sharp am 28. August in Peking eröffnet wurde. Die kanadische Regierung hat sich diese Messe, die parallel zu der gleichzeitig stattfindenden Canton-Messe abläuft und die die größte von Kanada je im Ausland veranstaltete Schau ist, nicht weniger als 2 Mio. Dollar kosten lassen. 225 Firmen, die den ganzen Bereich der kanadischen Industrie abdecken, wollen ihre Waren zur Schau stellen. 500 kanadische Geschäftsleute sind inzwischen schon aufgrund einer Sondererlaubnis der chinesischen Regierung von der Air Canadian direkt nach Peking geflogen worden.

Der kanadische Optimismus, der in solchen Zahlen zum Ausdruck kommt, besteht nicht ganz zu Unrecht. Stieg doch das Außenhandelsvolumen der VRCh von 112 Mio. Dollar im Jahre 1969 auf 204 Mio. Dollar im Jahre 1971 mit der Folge, daß Kanada nun - hinter Japan und Hong Kong - auf Platz drei der Außenhandelspartner Chinas gerückt ist. 90% der Umsätze entfallen, wie bereits erwähnt, auf Weizenkäufe Chinas. Allein seit Juli 1971 wurden nicht weniger als drei große Weizenabkommen zwischen beiden Ländern geschlossen, und Ottawa hofft, daß dieses Jahr über 3 Mio. t nach China verschifft werden können. (The Economist 19.8.72) China will sich in seinen Außenhandelsbeziehungen diversifizieren, zumal ja bereits einige Handelspartner, allen voran Japan, einen überproportional großen Anteil des Güterumschlags bestreiten. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Zukunftschancen Kanadas nicht schlecht.

Lt. kanadischen Quellen soll Ministerpräsident Chou En-lai dem kanadischen Außenhandelsminister versichert haben, daß China auch weiterhin Weizen aus Kanada einführen werde. Diese Versicherung mag Australien, das noch immer mit Taiwan diplomatische Beziehungen unterhält und das sich lange Zeit hindurch eine Chance ausgerechnet hatte, seine Getreideüberschüsse wieder in China abzusetzen, aufs äußerste beunruhigen.

Südamerika

ECUADOR

(12) 200 - Meilen - Zone

Ministerpräsident Chou En-lai hat dem Staatspräsidenten von Ecuador zum Unabhängigkeitstag seines Landes Glückwünsche gesandt, in denen hervorgehoben wurde, daß China die Ansprüche Ecuadors auf eine 200 Meilen-Zone unterstütze (SWB 11.8.72). Entsprechende Unterstützungserklärungen hat die chinesische Regierung bereits gegenüber mehreren Andenländern abgegeben. Der Kampf Peking gegen den amerikanischen Imperialismus in Lateinamerika findet in dieser Streitfrage einen idealen Ansatzpunkt für seine Politik der Vereinten Front (zu Peking's Interesse am Andenpakt vgl. C.a. Juli 72, S.3).

Afrika

GHANA

(13) Wiedereröffnung der Gesandtschaft in Peking

Mitte August reiste eine Delegation der Regierung von Ghana nach Peking, um dort Ghanas Gesandtschaft wiederzueröffnen. Der herrschende Rat für Nationale Erneuerung (RNC) hatte kürzlich die diplomatischen Beziehungen zu Peking wiederaufgenommen. Die Beziehungen waren 1966 vom Nationalen Befreiungsrat nach dem Staatsstreich abgebrochen worden. Peking hat seine Gesandtschaft in Ghana bereits wiedereröffnet.

MAURITIUS

(14) Wirtschaftsabkommen

Am 9. August wurde in Port Louis, der Hauptstadt von Mauritius, zwischen der Regierung der VRCh und der Regierung von Mauritius ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und ein Protokoll zum Abkommen unterzeichnet (NCNA 15.8.72). (vgl.

„Peking's antisowjetischer Cordon Sanitaire um Nahost“, C.a. Juni 72, S.13 ff.)

TUNESIEN

(15) Angriffe auf Moskaus Seewegstrategie

Am 23. August gab der chinesische Außenminister Chi P'eng-fei ein Bankett für seinen tunesischen Amtskollegen Mohammed Masmoudi in der großen Volkshalle. Parallel zu Chi's Ausführungen kritisierte Masmoudi im Verlauf seiner Ansprache scharf die Flottenpolitik der beiden Supermächte, besonders der Sowjetunion, im Mittelmeer.

Diese Attacken wirkten um so brisanter, als Vertreter von nicht weniger als 60 Staaten eingeladen waren. Diplomaten aus sieben Ostblockländern, nämlich der Sowjetunion, Ungarns, Polens, der Mongolei, der Tschechoslowakei, der DDR und Bulgariens, verließen daraufhin unter Protest die Versammlungshalle (vgl. „Peking's antisowjetischer Cordon Sanitaire um Nahost“, C.a. Juni 72, S.13 ff.).

Schon vor seiner Reise nach China hatte der tunesische Außenminister einige Äußerungen zur Situation im Mittelmeer getan, die von der chinesischen Presse sofort mit Zustimmung aufgegriffen wurden. Am 25. Juli habe er ausgeführt, daß „die von dem israelisch-arabischen Streit profitierenden Supermächte mit ihren Flotten das Mittelländische Meer besetzt“ hielten und „daß es uns nicht entgehen kann, daß diese Supermächte ihr Möglichstes tun, diesem unruhigen Gebiet keinen Krieg und keinen Frieden zu bringen.“ Es könne keinen Frieden im Mittleren Osten geben, solange die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten das Mittelländische Meer nicht verlassen hätten. Das Mittelmeer könne ein Friedensmeer werden, sobald die beiden Mächte einmal gegangen seien. Weiter führte Masmoudi aus: „Die Sowjets sprechen von Hilfe; was sie aber in Wirklichkeit tun, ist, daß sie sich in diesen Ländern niederlassen. ... Die Vereinigten Staaten andererseits sprechen vom Gleichgewicht der Macht und bewaffnen die Nachbarn jener Länder, die sich unter sowjetischem Einfluß befinden, bis an die Zähne. ... Wir haben genug von den Proklamationen der Supermächte, die uns kleine Staaten als Schachfiguren in ihrem eigennützigen Kampf betrachten.“ (PRu 1972 Nr.31, S.22; vgl. „Kampf Peking's gegen Moskaus Seewegstrategie“ C.a. April 72, S.10 ff.)

Nahost

LIBANON

(16) Handelsabkommen

Die libanesische Regierung plant den Abschluß eines Handelsabkommens mit der VRCh. Dieser Vertrag sieht vor, daß Peking ein bestimmtes Kontingent libanesischer Früchte im Austausch gegen chinesische Waren importiert. Man erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß die Sowjetunion für 4 Mio. libanesische Pfund jährlich aus dem Libanon importiert. Im Gegenzug hat nünmehr der chinesische Botschafter in Beirut den Wunsch seiner Regierung geäußert, den 1955 zwischen beiden Ländern abgeschlossenen Handelsvertrag zu erneuern (vgl. „Peking's antisowjetischer Cordon Sanitaire um Nahost“, C.a. Juni 72, S.13 ff.)

YEMEN

(17) Hilfe für feindliche Brüder

Ungehindert durch die erheblichen Spannungen, die zwischen der Republik Yemen (Yemen) und der Volksrepublik Yemen (Südyemen) bestehen, hat die VRCh, die im Juli von höchsten Regierungsvertretern beider Staaten offiziellen Besuch erhalten hat (vgl. C.a. Juli, S.4), beiden Staaten Entwicklungskredite zur Verfügung gestellt.

Die Republik Yemen erhielt 8,5 Mio. US Dollar mit einer Laufzeit von 5 Jahren ab 1973 für die Bereiche Landwirtschaft, Landurbarmachung und Straßenbau (vgl. PRu 1972 Nr.31, S.19 f.). Am 7. August wurde ferner bekannt, daß Peking der Volksrepublik Yemen einen Investitionskredit von 22,1 Mio. US Dollar für Entwicklungsprojekte zur Verfügung stellen wird. Beide Kredite sind im Zusammenhang mit "Pekings Cordon Sanitaire um Nahost" (C.a. Juli 1972, S.13 f.) zu sehen.

Asien

BANGLA DESH

(18) Veto der VRCh

Die VRCh hat am 25.8. als Mitglied des Sicherheitsrates der UNO Einspruch gegen die Aufnahme von Bangla Desh in die Weltorganisation erhoben und damit zum ersten Mal von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht (vgl. Themen des Monats: "Chinas harte Haltung gegenüber Bangla Desh in der UNO"). Die Nibelungentreue Chinas gegenüber Pakistan kam im Berichtszeitraum auch dadurch zum Ausdruck, daß der stellvertretende Außenminister Ch'iao Kuanhua Islamabad besucht hat (Ankunft am 28.8.) (NCNA 28.8.).

BIRMA

(19) Tischtennis

Unter der Leitung von Oberstleutnant Aye Pe, einem Vertrauten des Präsidenten Ne Win, ist am 7. August eine birmanische Tennismannschaft in Peking eingetroffen. Mit Hilfe der Ping-Pong-Diplomatie ist es den Chinesen also gelungen, sich im Berichtsmonat gleich mit drei "problematischen" Staaten Südostasiens, mit Birma, den Philippinen und mit Thailand in Verbindung zu setzen und damit die Voraussetzungen für offizielle Kontakte zu schaffen. Nachdem die beiden Länder in den Jahren 1960 ff. gute Staat-zu-Staat-Beziehungen gepflegt hatten (Birma profitierte dabei auch an Entwicklungshilfe!), kam es nach den antichinesischen Ausschreitungen von 1967 zu einer schweren Belastungsprobe für die beiderseitigen Beziehungen. Peking unterstützte von da an die Aufständischen der kommunistischen Rebellenorganisation "Weiße Flagge" und half ein "Nordostkommando" aufzubauen, das als Keimzelle eines "befreiten Stützpunktgebietes" nach Pekinger Muster anzusehen ist (FEER 26. Sept. 1968, S.605 f.). Im August 1967 führte die "Weiße Flagge" nach der chinesischen Blaupause ihre eigene Kulturrevolution durch und legte sich auf die "linke Strategie" des Volkskrieges fest. Im April 1971 nahm der geheime Partisanensender "Die Stimme des Volkes von Birma" vom chinesischen Yünan aus seine Sendetätigkeit auf. Erst seit August 1971, als Ne Win Peking besuchte und u. a. von Mao Tse-tung empfangen wurde, beginnen

die Spannungen, sich langsam zu lösen. Inzwischen residiert der neue burmesische Botschafter in Peking, doch besteht noch ein Nachholbedarf an Volksdiplomatie, ehe sich auch die Atmosphäre zwischen den Völkern wieder verbessert. Gerade das Tischtennis könnte hierbei behilflich sein. Birma gehört übrigens, ebenso wie die Philippinen und Thailand, nicht der im Mai 1972 gegründeten Asiatischen Tischtennis-Union an (vgl. C.a. Mai 72, S.7).

INDIEN

(20) Kontakte in Polen?

Der stellvertretende indische Außenminister Surender Pal Singh gab am 10. August bekannt, daß der chinesische Botschafter in Warschau sich am 14. Juli mit seinem indischen Kollegen in der polnischen Hauptstadt getroffen habe. Courtoisie oder diplomatisches Schachspiel? (Zum indisch-chinesischen Verhältnis vgl. "Das Abkommen von Simla - Auf des Messers Schneide", C.a. Juli 72 S.26 ff.)

INDONESIEN

(21) Beziehungen zur VRCh auch bei Gefahr von Links?

Am 27. Jahrestag der Unabhängigkeit Indonesiens hielt Präsident Suharto eine Rede, in der er erklärte, daß Indonesien immer eine Ein-China-Politik verfolgt und diese aus grundsätzlichen Erwägungen niemals geändert habe. Indonesien habe deshalb nicht gegen die Aufnahme der VRCh in die Vereinten Nationen opponiert und unterhalte auch keine diplomatischen Beziehungen mit der Republik China auf Taiwan. Wenn Peking ernsthaft die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen wünsche, wie sie bis zum gescheiterten kommunistischen Putsch von 1965 bestanden hätten, so hänge das ganz von der chinesischen Haltung ab. (ANTARA Monitor-Dienst Asien 17.8. S.8).

Suharto spielte mit diesen Worten offenbar auf die Unterstützung der indonesischen Kommunisten durch Peking an. Der einzige Überlebende des PKI-Politbüros von 1965, Jusuf Adjitorop, sitzt beispielsweise mit einer "Delegation des ZK/PKI" in Peking. Er proklamiert eindeutig maoistische Grundsätze. Zum 52. Jahrestag der Gründung der PKI, der ältesten kommunistischen Partei Asiens, am 23. Mai veröffentlichte z.B. die Peking Rundschau eine von Adjitorop unterzeichnete Erklärung. Darin heißt es u.a.: "Aufgabe der indonesischen Kommunisten ist es, auf dem Wege der bewaffneten Revolution voranzumarschieren, um das faschistische Militärregime Suhartos zu stürzen und ein freies, demokratisches neues Indonesien zu schaffen. ... Die indonesische Wirtschaft wird heute völlig vom ausländischen Monopolkapital, ganz besonders von dem Kapital der US- und japanischen Imperialisten beherrscht. Kapitalanlagen und die sogen. "Hilfe" der imperialistischen Länder haben zur Schaffung einer Handvoll von bürokratischen und Compradore-Kapitalisten geführt. Die Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes werden immer schlechter und unerträglicher. ... Durch die Anwendung der allgemein gültigen Wahrheit des Marxismus, des Leninismus, der Mao Tse-tung-Ideen, besonders der Lehre des Vorsitzenden Mao über den Volkskrieg, wird die PKI bestimmt ihre historische Mission erfüllen, nämlich das indonesische Volk in seinem Befreiungskampf bis zum Endsieg zu führen" (PRu 1972 Nr.22 S.11 f.).

Ob China - wie die indonesische Regierung meint - Waffen liefert und Guerillas ausbildet, läßt sich schwer nachweisen. Auf alle Fälle wurden während der letzten Monate Veröffentlichungen revolutionären Inhalts eingeführt, die als Gegenreaktion eine große Verbrennungsaktion durch die indonesischen Behörden auslösten (dazu C.a. Juli 72, S.4). Daß Suharto die "Gefahr von links" so ernst nimmt, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß noch 1970 acht Armeegenerale wegen geheimer Unterstützung der PKI verhaftet werden mußten. Auch ist das Potential der alten PKI immer noch beachtenswert. 1965 zählte die Partei immerhin 3 Millionen formelle Mitglieder und rd. 17 Millionen Anhänger in zahlreichen Untergrundorganisationen. Obwohl nach den "Septembererhebungen" etwa 250 000 Parteigänger liquidiert wurden, bleibt von der zerschmetterten Mammutorganisation immer noch ein "Restbestand" von rd. 10 Millionen Menschen, die permanent als Sammelbecken und neuer Ansatzpunkt für die Renaissance der PKI betrachtet werden müssen. Wäre der vom früheren Kommunistenführer Aidit angeführte Umsturz 1965 gelungen, so hätte Peking einen in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzenden Verbündeten in Südostasien gewonnen. Die heutige Führung unter Suharto ist sich dieser Situation bewußt und reagiert daher auf alle chinesischen Maßnahmen mit geradezu mimosenhafter Empfindlichkeit. Sollte Peking tatsächlich interessiert sein, mit Djakarta wieder ins Gespräch zu kommen und schließlich gar wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen, so wäre die Einstellung jeglicher Unterstützungstätigkeit zugunsten der illegalen PKI erste und wohl auch unumgängliche Voraussetzung.

JAPAN

(22) Konzentrierte Vorbereitungen für die Reise Tanakas

Keine Reparationsforderungen Chinas
Rückgabe der Kurilen gefordert
Botschafteraustausch und Freundschaftsvertrag
vorgesehen
Nixons "Yes"

Im Augenblick gibt es in Japan nur noch zwei politische Kräfte, welche gegen die geplante Normalisierung der japanisch-VRChinesischen Beziehungen opponieren, nämlich der rechte, taiwanfreundliche Flügel der LDP und die unabhängige KPJ, welche Chou En-lai der Beschönigung des amerikanischen Imperialismus beschuldigt. Die übrigen sind mit der Vorbereitung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschäftigt.

Hierzu gehören die oppositionellen Parteien, die nun schon lange durch Delegationen in die VRCh das politische Terrain abtasteten, in diesem Monat vor allem Naohiko Okubo, Stellvertretender Sekretär der Komeito, welcher von einem Interview mit Chou En-lai die Nachricht mitbrachte, daß "wenn China Kriegsreparationen verlange, würde China Steuern von den japanischen Steuerzahlern eintreiben. Dies ist nicht die Absicht Chinas".. Angesichts einer früheren Version, nach welcher die VRCh Reparationen in Höhe von 50 Mrd. US Dollar erwarten sollte, eine gute Nachricht für Japan. Okubo teilte außerdem mit, daß China "so etwas wie einen Vertrag über Frieden und Freundschaft" erwarte. Der US-japanische Sicherheitsvertrag und die sog. Taiwanklausel des US-japanischen gemeinsamen Kommuniqués von 1969 (Die Sicherheit Taiwans ist wesentlich für die Sicherheit Japans) stellten keinen Hinderungsgrund für den Besuch Tanakas dar. (JT 29.8.)

Außerdem erklärte Chou En-lai gegenüber der Delegation, daß Japan die vier nordpazifischen Kurilen-Inseln unbedingt zurückerhalten müsse. Bereits bei seinem berühmten Gespräch mit Mitgliedern der japanischen sozialistischen Partei im Juli 1964 hatte Mao Tse-tung folgendes erklärt: "Die Sowjetunion besitzt eine Fläche von 22 Mio. qkm bei einer Einwohnerzahl von nur 200 Mio. Menschen. ... Japan dagegen umfaßt nur 370 000 qkm bei einer Bevölkerung von 100 Mio. Menschen. Die Region östlich des Baikalsees wurde russisches Territorium vor ungefähr 100 Jahren, und seitdem wurden Wladiwostok u.a. Gebiete dem Territorium der Sowjetunion einverleibt. Bisher haben wir die Rechnung für diese Gebiete noch nicht präsentiert. Was die Kurilen-Inseln anbelangt, so ist die Frage für uns ganz eindeutig: "Sie müssen an Japan zurückgegeben werden." (Law and Government, Fall 1969 der jasp-series S.37).

Die Regierung und die Regierungspartei waren ebenfalls nicht untätig. Außenminister Masayoshi Ohira teilte dem z.Z. in Japan weilenden Vorsitzenden der Chinesisch-Japanischen Freundschaftsgesellschaft, Sun Ping-hua, mit, daß Tanaka die Einladung Chou En-lais, nach Peking zu kommen, annehme. Auch hierbei wurde ein mögliches Datum gegenüber Außenstehenden nicht erwähnt (JT 12.8.). Seit Beginn des Monats bereitete das japanische Außenministerium eine "gemeinsame Erklärung" vor, welche von Tanaka und Chou in Peking eventuell unterzeichnet werden könnte. Der jetzt vorliegende Entwurf (er hat die Billigung des Exekutivrates der LDP nach einigen Verhandlungen erhalten) nimmt einen Botschafteraustausch für April 1973 in Aussicht und schlägt für die Zeit zwischen dem Besuch des Ministerpräsidenten und dem Botschafteraustausch Verhandlungen über einen "Vertrag für Freundschaft und Frieden" vor. Der Vorschlag vermeidet ein Eingehen auf die "drei Prinzipien für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und China" und auf die Taiwan-Frage. Nur so konnte Tanaka auch die Zustimmung des Pro-Taiwan-Flügels seiner LDP zu dieser "Erklärung" erhalten (JT 2.9.).

Zur konkreten Vorbereitung des Besuches ist eine Vorausabteilung der LDP unter Führung von Hideji Kawasaki, dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und Japan, von der LDP im Juli d.J. gegründet, am 15.8. nach Peking geflogen. Er sollte dort die Regierenden über folgende Fragen informieren:

- Die grundlegende Haltung der japanischen Regierung zur Normalisierung der Beziehungen;
- die Vorbereitung des japanischen auswärtigen Amtes bezüglich der Normalisierung der Beziehungen;
- die Annäherung zwischen Japan und der VRCh und die Beziehungen Japans zu den USA;
- die Haltung der Mitglieder der LDP zur Normalisierungsfrage;
- die Taiwan-Frage (JT 15.8.).

Eine zweite Delegation der LDP, ebenfalls zur Vorbereitung des Besuches, kam am 1.9. in Peking an.

Eine wesentliche Vorbereitung für seinen Besuch in Peking traf Tanaka hingegen selbst: die Klärung der Chinafrage mit Nixon. Bereits nach der ersten Begegnung der beiden Regierungshäupter am 31.8. erklärte das Weiße Haus, Nixon sei nach dem Gespräch mit Tanaka davon überzeugt, "daß Japans Politik, mit China diplomatische Beziehungen aufzunehmen, die Sicherheitsinteressen der USA im Pazifik nicht verletzen würde." (JT 2.9.) Die Ergebnisse der Wirtschaftsdelegationen der Japaner dürften ebenfalls positive

Auswirkungen für die kommenden Verhandlungen haben (s. Übersicht, Wirtschaft).

KAMBODSCHA

(23) Sihanouk: zurück beim Waffenbruder

Prinz Norodom Sihanouk, Chef der kambodschanischen Exilregierung, ist am 5. August von seiner 19tägigen offiziellen Besuchsreise, die ihn nach Rumänien, Albanien, Algerien, Mauretanien und Jugoslawien geführt hatte, wieder nach Peking zurückgekehrt. Chou En-lai und andere Politbüromitglieder empfingen ihn am Flughafen. Chou gab am nächsten Tag ein Bankett, bei dem er u.a. ausführte: "Die Völker Chinas und Kambodschas sind enge Waffenbrüder; das chinesische Volk betrachtet jeden Sieg des kambodschanischen Volkes als seinen eigenen Sieg. ... Wir werden fest und unbeirrt die uns auferlegte internationalistische Pflicht erfüllen und entschlossen das kambodschanische Volk und die anderen indochinesischen Völker in ihrem Kampf gegen die amerikanische Aggression und für die Rettung der Nation bis zum Endsieg unterstützen. Der Endsieg wird mit Sicherheit den heldenhaften Völkern von Kambodscha, Vietnam und Laos gehören" (NCNA 30.7.72). (Zu den Hintergründen vgl. ferner "Kambodschas Sihanouk reist von Peking nach Osteuropa und Afrika" in C.a. Juli 72, S.22 f.) Auch hier findet sich also wieder die "Drei-Völker"-Formel, die vor allem gegen den Anspruch Hanois auf ganz Indochina gerichtet ist (C.a. Mai 72, S.14 ff.).

MALAYSIA

(24) Würde vor Beziehungen zur VRCh

Am 14. August verkündete Ministerpräsident Tun Abdul Razak, daß Malaysia nicht die Absicht habe, die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China zu überhasten. Obwohl Malaysia nur ein kleines Land sei, besitze es doch Würde. Zwei Dinge müßten vor allem geklärt werden, ehe reguläre Beziehungen diskutiert werden könnten, nämlich die Sendetätigkeit der geheimen, von China unterstützten Radiostation "Stimme des Malaiischen Volkes" und ferner die Tätigkeit der "Malaiischen Befreiungsfront", die ihren Sitz in Peking habe (SWB 16.8.).

NORDVIETNAM

(25) Ölversorgung

Wie ein Sprecher des amerikanischen Verteidigungsministeriums am 4. August bekanntgab, hat Nordvietnam in der Zwischenzeit eine zweite Öl-Pipeline von China nach Kep, einer Stadt 45 km nordöstlich von Hanoi, fertiggestellt. Die erste Pipeline, die vom chinesischen Grenzgebiet über Kep nach Hanoi verläuft, liefert täglich rund 400 t Öl. Mit Hilfe des zweiten Röhrensystems wird diese Menge nun auf täglich rd. 1000 t erhöht. Die Röhrendicke für beide Stränge beläuft sich auf etwa 12 cm. Da die Röhren tief in der Erde vergraben sind, dürften sie vor amerikanischen Bombenabwürfen sicher sein. Als Ziele bieten sich allenfalls die Pumpstationen, die alle 7 - 10km das Röhrensystem begleiten.

Wie der Sprecher des amerikanischen Verteidigungsministeriums weiterhin bekanntgab, werden die Nordvietnamesen mit Hilfe dieser Treibstoffmengen aber kaum eine neue Großoffensive starten können. Immerhin wurden 27% der vietnamesischen Petroleumspeicherungs-

kapazität durch Bombeneinwirkung zerstört. Andererseits freilich ist der Treibstoffbedarf Hanois in den letzten Monaten erheblich zurückgegangen. Von den 490 Tanks, die bei der Frühjahrsoffensive eingesetzt waren, ist vermutlich kein einziger übriggeblieben (IHT, 7. August 72).

(26) Bombardierung von Deichen

"Die chinesische Regierung unterstützt entschieden den Standpunkt Hanois vom 8. August in der Frage der Bombardierung nordvietnamesischer Deiche und bringt ihre flammende Empörung über die kriminellen Akte des US-Imperialismus zum Ausdruck. ..." (NCNA 13.8.) Den Ausführungen ist keine Unterstützungserklärung angegliedert. Schon drei Tage vorher hatte Hsinhua unter Protest verkündet, daß in Haiphong Chinesen durch US-Bomben getötet oder verwundet worden seien (NCNA 10.8.).

(27) Le Duc Tho in Peking

Etwa gleichzeitig mit dem Besuch Kissingers in Saigon traf das Mitglied des Politbüros der ZK der Vietnamesischen Arbeiterpartei, Le Duc Tho, auf der Heimreise aus Paris in Peking ein. Er wurde u.a. von Chou En-lai empfangen (NCNA 18.8.). Tho, der zuvor auch in Moskau Station gemacht hatte, war während seines Aufenthaltes in Paris mit Sicherheitsberater Kissinger zu einer Geheimbesprechung zusammengetroffen. Im Anschluß an das Zwiegespräch Kissingers mit Le Duc Tho gab Außenminister Rogers in einem Interview mit der Zeitung "Philadelphia Enquirer" seiner Überzeugung Ausdruck, daß Nordvietnam angesichts des immer stärker werdenden militärischen und wirtschaftlichen Druckes vielleicht noch vor den Novemberwahlen zu einem Friedensschluß bereit sei. (NZZ 21.8.) Saigon reagierte auf diese Ausführungen mit Skepsis.

PAKISTAN

(28) VRchinesische Wirtschaftshilfe

Wie Radio Pakistan am 7.8. meldete (Monitordienst, 8. Aug., Asien, S.I), will Peking bei 7 Projekten des geplanten pakistanischen Industriekomplexes in der Nordwest-Grenzprovinz Hilfe leisten. Die Größenordnung des Hilfsversprechens steht allerdings noch nicht fest.

PHILIPPINEN

(29) Ping-Pong - Diplomatie

Der Generalsekretär des Tischtennisverbandes der Philippinen, P.V. Gonzales, traf am 6. August in Peking ein. Möglicherweise werden auch hier offizielle Verbindungen über das Medium der Ping-Pong - Diplomatie angestrebt. (Einzelheiten zu den Beziehungen zwischen Manila und Peking vgl. C.a. Mai 72, S.6).

(30) Spaltung der Maoisten

Radio Prag brachte am 3. August eine Sendung über die "Spalterbewegung der Fraktion ultra-linker Maoisten" unter Jose Maria Cison (alias Amado Guerrero), die heute als "einzige und echte KP der Philippinen" auftritt. Cison (Guerrero) ist Sohn eines philippinischen Großgrundbesitzers, der während seines Studiums in Indonesien mit den Werken Maos Bekanntschaft geschlossen hat. Wegen seiner maoistischen Neigungen

wurde er aus der moskauorientierten Kommunistischen Partei der Philippinen ausgeschlossen und begab sich sodann nach Peking. Gleich nach seiner Rückkehr begann er, eine neue kommunistische Partei zu organisieren, deren Kern sich aus abtrünnigen Mitgliedern der offiziellen KP sowie aus revolutionären Gruppierungen radikaler Studenten zusammensetzte. Diese neue Organisation begann eine scharfe Kampagne gegen die "revisionistische" KPPH.

Nach Meldung von Radio Prag soll Peking auch einen neuen Sender errichtet haben, dessen Programm für die philippinische Bevölkerung bestimmt ist. (Monitordienst 8. Aug. 72 Asien, S.4 f.) Cison (Amado Guerrero) gab ferner eine Schrift mit dem Titel "Philippine Society and Revolution" heraus, die 1971 von der kommunistischen Hong Konger Ta Kung Pao publiziert und u.a. über die Handelsläden der Volksrepublik China in Hong Kong verbreitet wurde. Dieses Buch ist eine Art Brevier zu Fragen der philippinischen Gesellschaft, das jedes Parteimitglied studieren soll, um die Voraussetzungen für "weitere Klassen-Analysen ... als Basis konkreter revolutionärer Aktionen" zu gewinnen, wie Amado Guerrero als "Vorsitzender des ZK" im Vorwort erklärt. Zur Revolutionsstrategie der philippinischen KP, die ganz der Blaupause des chinesischen Vorbildes folgt, und zu den Gegenmaßnahmen der philippinischen Regierung vgl. C.a. Mai 72, S.6.

THAILAND

(31) Auch Ping-Pong - Diplomatie

Die Ping-Pong - Diplomatie hat sich bisher als so erfolgreich erwiesen, daß Peking sich entschlossen hat, mit Hilfe dieser ungewöhnlichen volksdiplomatischen Strategie nun auch ein so heißes Eisen wie Thailand anzufassen. Am 3. August wurde in Bangkok von Regierungsstelle bestätigt, daß eine thailändische Tischtennis-mannschaft im September an einem asiatischen Meisterschaftsturnier in Peking teilnehmen wird. Als Begleiter der Mannschaft wird kein Geringerer als der ehemalige Wirtschaftsminister Prasit Karnchanawat, ein enger Vertrauter des zweiten Mannes in der Regierung in Thailand, General Charusathirara, mit nach Peking reisen. Prasit, der in Bangkok Zeitungen auch bisweilen als "Kissinger Thailand" bezeichnet wird, soll in Peking politische Gespräche führen. Es käme damit der erste offizielle Kontakt zwischen den beiden Staaten zustande. Bangkok will in Peking die Aufhebung des Embargos für den Chinahandel anbieten. Peking andererseits soll damit aufhören, die revolutionären Aufständischen in Thailand zu unterstützen (Aufstandsgebiete befinden sich im Norden, also im Gebiet der Meo-Stämme, ferner im Nordosten, dem sträflich vernachlässigten Gebiet der "Thai-Laoten" und schließlich im Süden des Landes, wo eine Irredenta-Bewegung der Thai-Moslems die Loslösung vom buddhistischen Königreich Thailand anstrebt.)

Drei Probleme stehen vor allem zwischen Bangkok und Peking:

- a) Die engen Beziehungen, die Thailand zu Taiwan unterhält und die sich wirtschaftlich gut auszahlen;
 - b) die Stationierung amerikanischer Streitkräfte (7 Großflughäfen mit 49 000 Amerikanern, die 80 strategische Fernbomber vom Typ B 52 von Thailand aus gegen Nord- und Südvietsnam einsetzen und über insgesamt 750 Flugzeuge verfügen);
 - c) die Spannungen mit den 3 Millionen in Thailand lebenden Auslandschinesen (hierzu vgl. C.a. Mai 72, S.7).
- Zugleich mit ihren ersten Tastversuchen in Richtung

Thailand wird gerüchteweise bekannt, daß die VRCh nun auch den Botschafterposten in Vientiane, der Hauptstadt von Laos, wieder besetzen will, der seit der Abberufung ihres Repräsentanten im Jahre 1964 unbesetzt geblieben war. Damit werden die offiziellen Beziehungen zum neutralistischen Regime des Prinzen Souvanna Phouma wiederhergestellt. Da Thailand zum neutralistischen Regime in Vientiane sehr enge Beziehungen unterhält, könnte hier eine weitere Verbindung zwischen Peking und Bangkok geknüpft werden.

Außenpolitik – Taiwan

(32) VRCh: Vorschlag zur gütlichen Einigung

FEER (26.8.72) weist in einem Leitartikel und in einer Studie des Mitherausgebers Leo Goodstadt auf einen Artikel in der Juli-Ausgabe von Hong Qi hin, in welchem, nach Interpretation von Goodstadt, in verschlüsselter Form den Wirtschaftsführern und den Bauern in Taiwan für den Fall einer friedlichen Inkorporation Taiwans in die VRCh eine längere Anpassungszeit zugesagt wird. Hierdurch sollen die am meisten von einer Änderung des politischen Systems Betroffenen in Taiwan beruhigt werden. Die Verschlüsselung der Botschaft war, so Goodstadt, notwendig, um dem Ausland gegenüber den Anspruch auf unbedingte Kapitulation Taiwans aufrecht erhalten zu können. Außerdem bestehe die Gefahr innenpolitischer Opposition gegen Großzügigkeit gegenüber taiwanesischen Kapitalisten. Eine gewaltlose Übernahme Taiwans auf dieser Grundlage wäre, wenn überhaupt, allerdings nur bei Stabilisierung der gegenwärtigen innenpolitischen Lage in der VRCh möglich.

(33) Einladung an Tischtennispieler aus der "Provinz Taiwan"

Auf einem Exekutiv-Treffen der in Peking gegründeten Asian Table Tennis Federation hat die VRCh taiwanesischen Tischtennispieler eingeladen, an der ersten Asiatischen Tischtennismeisterschaft, die am 2. September in Peking begann, teilzunehmen. Allerdings als Vertreter der "Provinz Taiwan der Volksrepublik China" (JT 28.8.). Man darf mit Sicherheit davon ausgehen, daß dieser Vorschlag in Taipei nicht auf Gegenliebe stoßen wird.

(34) Taiwans Premier verurteilt Annäherung Japan-VRCh

Chiang Ch'ing-kuo hat in einer englischsprachigen Verlautbarung des Auswärtigen Amtes in Taipei die Annäherung Japans an die VRCh als einen äußerst unfreundlichen Akt gegenüber der Republik China bezeichnet. Chiang warnte Japan davor, "Beute der politischen Intrigen des Mao-Regimes zu werden, alles zu vermeiden, was den Beziehungen zwischen den beiden Staaten (Japan und Republik China) und dadurch dem Frieden und der Sicherheit in Asien schaden würde. ..." (JT 10.8.)

(35) Argentinien: Taiwanische Botschaft wird Handelsbüro

Während die Volksrepublik China und Argentinien über den Austausch von Botschaftern verhandeln, hat die Republik China ihrer bisherige Botschaft in Buenos Aires in ein Handelsbüro umgewandelt. Drei frühere Botschaftsangestellte werden dieses Büro betreiben. Wong Ming-hai, der zur Eröffnung nach Buenos Aires kam, erklärte, das Büro habe keinerlei offizielle Funktion und diene lediglich dem Handel und dem Tourismus.

Die VRCh und Argentinien hatten am 19.2.72 die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen angekündigt. Die argentinische Botschaft in Taipei und die Botschaft der Republik China in Buenos Aires waren im Juli geschlossen worden. (JT 17.8.)

(36) Generalkonsulat Taiwans für den Handel mit Ostafrika

Nach Meldungen des portugiesischen Senders in Mozambique vom 7. August will Taiwan demnächst ein Generalkonsulat in Lourenço Marques errichten, das mit allen ostafrikanischen Staaten Handelsbeziehungen aufnehmen soll (MD 8. Aug. Asien S.5). Lourenço Marques, die Hauptstadt von portugiesisch Mozambique, wäre geographisch ein günstiger Ausgangspunkt für Ostafrika. Sollte diese Meldung zutreffen, so würden hier Bemühungen Taiwans manifest, in Drittländern neben Peking nach demselben Schema Fuß zu fassen, wie es bereits im Senegal verwirklicht ist (C.a. Mai S.7). Ob Taipei mit dieser Methode allerdings in pekingfreundlichen Ländern wie Tansania und Sambia Fuß fassen kann, erscheint mehr als zweifelhaft.

Internationale Organisationen und Konferenzen

UNO

(37) Kurt Waldheim in Peking

Vom 11. bis 15. August stattete UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim der VRCh in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Ständigen Sicherheitsrates einen offiziellen Besuch ab. China hatte anfangs wenig Begeisterung gezeigt, Waldheim als Nachfolger U Thants zu wählen. Gerade aus diesem Grunde hat der UNO-Generalsekretär zu Peking sorgfältige Kontakte gepflegt, die so weit gingen, daß er gegen den Protest eines Großteils der bei der UNO vertretenen Pressevertreter die Nachrichtenagentur der Republik China aus der UNO-Organisation verbannte und überdies zuließ, daß sämtliche Spuren einer Erinnerung an die frühere Mitgliedschaft der Republik China in der UNO getilgt wurden.

Bei dem Bankett am 12. August zeichneten sich gewisse Unterschiede in der politischen Auffassung ab. Die chinesischen Gastgeber nutzten die Gelegenheit, auf die Rolle der "Supermächte" hinzuweisen, die die UNO zu manipulieren und zu monopolisieren versuchten. Waldheim weigerte sich jedoch offensichtlich, in diesen Tenor einzustimmen. Er bezeichnete im Gegenteil die Kooperation der Großmächte als einen Weg zur Regelung internationaler Probleme sowie als einen Beitrag zum wirksamen Funktionieren der Weltorganisation.

Über die Atmosphäre der Gespräche wurde, im Gegensatz zu sonstigen Gepflogenheiten, von den chinesischen Nachrichtenmedien nichts berichtet.

Der Inhalt der Gespräche? Da Waldheim es sich zur Aufgabe gemacht hat, grundsätzlich alle wichtigen Konferenzen, vor allem aber die Länder der Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat, zu besuchen, dürfte es sich hier wohl mehr um eine Tour d'horizon in internationalen Angelegenheiten gehandelt haben. Vor seiner Reise befragt, was die Themen in Peking seien, antwortete er, darüber habe Peking als Gastgeberland zu befinden (CSM 10.8.). Ganz sicher dürfte es deshalb zu Diskussionen über die Wiedervereinigung Koreas, über das delikate Problem der Abrüstung, über die Nahostfrage und über den Eintritt des Staates Bangla Desh in die UNO gegangen sein. Möglicherweise

ist die Sprache auch auf die UN-Finzen gekommen, um die es immer noch schlecht bestellt ist. Ein in der International Herald Tribune wiedergegebener UPI-Bericht will sogar wissen, daß China bei der 27. Generalversammlung im kommenden Spätherbst die Chinafrage noch einmal aufs Tapet bringen will. Zweck dieses Antrages sei es nicht nur, auch die letzten Reminiszenzen an die frühere Präsenz Taiwans zu tilgen, sondern den UNO-Mitgliedern nahezu legen, auch ihre Handelsbeziehungen zu Taiwan einzuschränken.

Der Generalsekretär traf auch mit Ministerpräsident Chou En-lai zusammen. Anschließend an seine Peking-Visite besuchte er noch Shanghai.

Zum Schluß seines Besuches wurde bekannt, daß er der chinesischen Regierung die Eröffnung eines UN-Informationsbüros in Peking vorgeschlagen hat. Diese Organisation könnte als Plattform für Verbindungen Chinas mit solchen Ländern dienen, die bisher noch keine offiziellen Vertretungen in Peking etabliert haben.

(38) VRCh: ständiges Büro in Genf

Die VRCh wird beim Genfer Büro der Vereinten Nationen eine ständige Vertretung einrichten, die auch für den Kontakt mit anderen internationalen, in der Schweiz ansässigen Organisationen zuständig ist. (NZZ 10. 8.72)

(39) VRCh - UdSSR: Unisono bei Puerto-Rico-Antrag

Die Sowjetunion und China, die sich seit der Aufnahme Pekings in die Weltorganisation vor der UNO bisher eigentlich immer nur feindselige Gefechte geliefert hatten, haben zum ersten Mal in einer Detailfrage Einmütigkeit erzielt. Sie stimmten nämlich beide einem Antrag Kubas an das UN-Komitee für Kolonialismus zu, daß Puerto Rico zu einer Kolonie der Vereinigten Staaten erklärt werde (JT 20.8.). Dieser Antrag hatte Erfolg.

(40) Keine Unterstützung für chinesische Flüchtlinge durch ECOSOC

Bei der 53. Sitzung des Economic and Social Council der UNO (ECOSOC) in Genf gab der chinesische Vertreter eine Erklärung ab, in der gefordert wird, daß das Büro des UN-Flüchtlingskommissars sog. "tibetischen Flüchtlingen" und "chinesischen Flüchtlingen" in Hongkong und Macao keine Unterstützung mehr gewährt. Hilfeaktivitäten in dieser Richtung seien illegal; denn Tibet gehöre zum chinesischen Staatsverband, in dessen Angelegenheiten sich weder fremde Länder noch internationale Organisationen einmischen dürften. Die sog. "Frage der tibetischen Flüchtlinge" sei nichts anderes als ein Ergebnis der Einmischung Indiens in Chinas Angelegenheiten.

Ferner seien auch Hongkong und Macao chinesische Gebiete. Daß Chinesen zwischen Hong Kong, Macao und anderen Teilen Chinas überwechseln, sei nichts Neues (NCNA 27. und 31. Juli 72; PRu 1972 Nr.31, S.20; vgl. C.a. Juli 72 S.5: "Saisonbedingtes Ansteigen der Flüchtlingszahl nach Hong Kong", ferner C.a. Mai 72 S.5).

Auf derselben Tagung wurde auch eine Empfehlung zur beschleunigten Verwirklichung der Landreform in den Entwicklungsländern eingebracht und einstimmig verabschiedet, wobei allerdings der Vertreter der VRCh nicht teilnahm. Schon früher hatten die Entwicklungsländer unter Verweis auf ihre Souveränität es abgelehnt, in dieser Angelegenheit Verpflichtungen einzugehen.

Die VRCh will diese Tradition offensichtlich fortsetzen. Oder sollte es ihr bei der Stimmenthaltung darum gegangen sein, ihre Mißbilligung der Landreformvorstellungen des ECOSOC pauschal auszudrücken? (Näheres BfA/NfA 15.8.72).

KONFERENZ DER BLOCKFREIEN LÄNDER

- (41) Vom 8. - 12. August fand in Georgetown (Guayana) eine Konferenz der blockfreien Länder statt, an der Minister aus 59 Ländern, Beobachter aus 12 Ländern und Vertreter von 7 Befreiungsbewegungen als geladene Gäste teilnahmen. Fast in sämtlichen Punkten der Schlußdeklaration trafen sich die Wünsche der "Blockfreien" mit den Bestrebungen Chinas, nämlich
- a) im Protest gegen die Verhältnisse in Süd-Afrika,
 - b) in der Solidarität mit den Völkern Vietnams, Kambodschas und Laos,
 - c) im Protest gegen die Errichtung neuer Militärstützpunkte auf fremdem Territorium,
 - d) in der Befürwortung einer Konferenz der Länder des Mittelmeerraumes und ebenso in
 - e) den Bemühungen zur Schaffung einer Zone des Friedens im Indischen Ozean und in Südostasien, ferner
 - f) in der Unterstützung von Verstaatlichungsmaßnahmen im Hinblick auf fremde Monopole und schließlich
 - g) in der Frage einer umfassenden und vollständigen Abrüstung unter strikter internationaler Kontrolle sowie einer Vernichtung aller Atomwaffenvorräte.

Auch in der Entkolonialisierungsfrage, in der anti-israelischen Einstellung und in der Rhodesienfrage zeigten sich Interessenidentitäten. Ein Punkt allerdings mag den Chinesen weniger gefallen haben, nämlich die Befürwortung einer europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit..

- (42) China und die meteorologische Weltorganisation in Genf haben Anfang August vereinbart, künftig zusammenzuarbeiten. (FAZ 2.8.72)

INNENPOLITIK

- (43) Bilanz der gegenwärtigen Weltlage

In vier glänzend geschriebenen Artikeln über das Studium der Weltgeschichte und des Imperialismus, die zuerst in der "Roten Fahne" publiziert und dann u.a. auch in der "Peking Rundschau" (1972, Nr.22,24,25 und 26) veröffentlicht wurden, zieht der Parteihistoriker Shih Chun Bilanz aus der gegenwärtigen Welt-situation. Dabei greift er auf die letzten 200 Jahre zurück und schildert zuerst jene Situation, als "noch der konkurrenzlose Oberherr der Meere, das britische Weltreich, im 19. Jahrhundert mittels Kanonenbooten und Machtpolitik ein riesiges Kolonialreich aufbaute, das sich über fünf Kontinente erstreckte und in dem die Sonne niemals unterging". Doch die Widersprüche, zu denen jedes Hegemonialstreben führt, bewirkten schließlich den Untergang dieses Weltreiches. Einer der grundlegenden Widersprüche der neueren Weltgeschichte waren die Konflikte und Streitigkeiten unter den imperialistischen Ländern.

Die Konsequenz dieser Analyse? Auf lange Sicht gesehen rechnet Peking damit, daß die Supermächte als solche verschwinden werden. Ein weltpolitisch

wirksames Machtdreieck oder -fünfeck sei also nur eine vorübergehende Erscheinung, die allerdings "verhältnismäßig lange Zeit" andauern kann. Als Staat hat China sich auf dieses Provisorium einzustellen, als Führer der Weltrevolution dagegen sieht es schon über den Status quo hinaus, und insofern hat die heutige Weltsituation einen Doppelcharakter. "Man muß den Imperialismus und alle Reaktionäre aus einer langen Perspektive als das betrachten, was sie in Wirklichkeit sind - nämlich als Papiertiger. Darauf müssen wir unser strategisches Denken gründen. Andererseits sind sie aber wiederum lebendige, eisenharte, wirkliche Tiger, die Menschen fressen können. Darauf müssen wir unser taktisches Denken gründen." Dies ist die eigentlich "wissenschaftliche These" des Vorsitzenden Mao, die als ideologische Waffe zum Sieg über den Imperialismus dienen soll.

- (44) Antibaby-Kraut

Unter der Überschrift "Auf der Suche nach dem Antibabykraut" berichtet Harry Hamm (FAZ 19.8.72) über die Familienplanung in China. Nach dem Ausspruch des Vorsitzenden Mao, daß eine Familie - wie alle großen Dinge in der Welt - geplant werden müsse, hat eine massive Propaganda für Familienplanung schon Anfang der sechziger Jahre eingesetzt. Im Frühjahr 1965 habe die chinesische Regierung eine komplette Antibabypillenfabrik aus Japan angekauft, deren Jahresproduktion sich auf 50 Mio. Stück belaufe. Man kann sich ausrechnen, daß diese Menge allenfalls für eine Nacht im Reich der Mitte ausreicht.

Neben der Verhütung bestehen noch Regelungen für die legale Abtreibung. Beim ersten Kind ist die Abtreibung allerdings noch verboten, vom zweiten an ist sie erlaubt. Die Frau kommt ins Krankenhaus, erhält eine örtliche Betäubung und kann nach kurzer Zeit wieder nach Hause gehen, wobei ihr ein Erholungsurlaub von 14 Tagen eingeräumt wird. Dieses System funktioniere so gut, daß die Regierung es sich leisten könne, das Heiratsalter schon jetzt herabzusetzen. Männer dürften heute mit 25, Frauen mit 23 Jahren heiraten. Nur auf dem Lande herrschen noch atavistische Vorstellungen, die den chinesischen Familienplanern viel Kopfzerbrechen bereiten. "Kein Entwicklungsland auf der Erde" - so Harry Hamm - "hat die Gefahren einer Bevölkerungsexplosion so klar erkannt, und kein anderes Land ist wie China bereit, die notwendigen, gelegentlich auch drastischen, Konsequenzen zu ziehen."

- (45) Vergleich des alten mit dem neuen China

Einer der beiden China-Fachleute der "Frankfurter Allgemeinen", Harry Hamm, der Gelegenheit hatte, Gerhard Schröder auf seiner zweiwöchigen Reise zu begleiten, stellte (FAZ 12.8.) einen Vergleich zwischen dem China des Jahres 1964, das er aus eigener Anschauung erlebt hatte, und dem China des Jahres 1972 an. Drei wesentliche Unterschiede zu damals fielen ihm auf:

1. Überall in China sei der Lebensstandard merklich angehoben worden. Die Kulturrevolution hat also, wie schon der erste Augenschein lehrt, nicht jene wirtschaftlichen Einbrüche mit sich gebracht, die ihr häufig nachgesagt wurden.
2. Die allgegenwärtige Präsenz der Volksbefreiungsarmee im öffentlichen Leben. Obwohl China keineswegs den Eindruck einer Militärdiktatur erwecke, übe die Armee hinter den Kulissen doch erheblichen Einfluß aus: Dabei genieße sie offenkundige Sympathien im Volke - ein wahrhaft einzigartiges Phänomen in der chinesischen Geschichte!